



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601 056/4-V/5/83

An das  
Präsidium des Nationalrates

1017      W i e n

GESETZENTWURF  
52 GE/10 83

1. FEB. 1984

1984 -02- 02

Fraser  
Di Klausgraber

Sachbearbeiter  
JABLONER

Klappe/Dw  
2319

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend  
das Verbot von Ultraleichtflugzeugen

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot von Ultraleichtflugzeugen. Der Entwurf wurde vom Bundesministerium für Verkehr unter der Zl. 38.537/190-I/3/83 am 22. Dezember 1983, der Begutachtung zugeleitet.

Beilage

26. Jänner 1984  
Für den Bundeskanzler:  
BERCHTOLD

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601 056/4-V/5/83

An das  
Bundesministerium für Verkehr  
1010      W i e n

Sachbearbeiter  
JABLONER

Klappe/Dw  
2319

Ihre GZ/vom  
38.537/190-I/3/83  
22. Dezember 1983

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend  
das Verbot von Ultraleichtflugzeugen

Der mit dem o.z. do. Schreiben übermittelte Gesetzentwurf gibt dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

I. Allgemeine Bemerkungen

Der Entwurf sollte in formaler Hinsicht in Einklang mit den Legistischen Richtlinien 1979 gebracht werden: Titel und Paragraphenbezeichnungen sind nicht zu unterstreichen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 2

Die in Abs. 2 angedrohte primäre Arreststrafe, aber auch die in Abs. 1 vorgesehene 6-wöchige Ersatzfreiheitsstrafe, sind im Hinblick auf die Art. 5 und 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention verfassungswidrig. Die Schaffung von Straftatbeständen, die mit Freiheitsentzug (auch Ersatzfreiheitsstrafe) bedroht werden, ist - sofern man sich nicht der Gefahr einer Verletzung der MRK aussetzen will - nur dann zulässig, wenn gleichartige, mit Freiheitsstrafe bedrohte Straftatbestände bereits in Verwaltungsvorschriften enthalten waren, die vor dem 3. September 1958 erlassen worden sind. Dies ist hier nicht der Fall. Hinsichtlich der Ersatzfreiheitsstrafe ist nach der diesbezüglichen Praxis (vgl.d.angeschlossene RS d. BKA vom 28.10.1974, Zl. 55 782-2c/74) nur ein Höchstmaß von 14 Tagen zulässig.

- 2 -

### III. Zu den Erläuterungen

#### Zum Vorblatt

Nach ho. Ansicht liegt das vom Gesetzgeber zu lösende Problem darin, daß der Betrieb von Ultraleichtflugzeugen weithin als Umweltbelastung empfunden wird. Auf die Meinungsumfrage sollte nicht im Vorblatt, sondern im Rahmen des allgemeinen Teils der Erläuterungen eingegangen werden.

#### Zu den Erläuterungen - allgemeiner Teil

In diesem Zusammenhang sollte näher auf die "Meinungsumfrage auf breiter Basis" eingegangen werden. Es erschiene dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst zweckmäßig, anzugeben, welches Institut diese Umfrage durchgeführt hat und welches genaue Ergebnis ermittelt wurde.

Zu den Erläuterungen zu § 2 vgl. die Bemerkungen zur Bestimmung selbst.

#### Zu den Erläuterungen zu §§ 3 und 4

Es hätte zu lauten: "Die §§ 3 und 4 enthalten die üblichen Bestimmungen über das Inkrafttreten und die Vollzugsklausel.

Unter einem ergeben 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

Beilage

26. Jänner 1984  
Für den Bundeskanzler:  
BERCHTOLD

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: